

*bundesweites Bündnis gegen IG Farben*

## **Frieden mit Auschwitz – Krieg im Kosovo**

*Beitrag zur Veranstaltung »Frieden, Frieden über alles«  
gegen das Gelöbnis am 20. Juli 1999 im Bendlerblock*

Die Emanzipation der deutschen Politik von Auschwitz ist nichts Neues: Rückblickend betrachtet, scheint es so zu sein, als sei das Modell Deutschland seit 1945 zu nichts anderem da, als Auschwitz, den Massenmord, die Kriegsverbrechen loszuwerden.

In den fünfziger Jahren fand zur gleichen Zeit die Debatte um die Entschädigung der Nazi-Opfer und die Rehabilitation der Täter statt. In den sechziger Jahren begann mit dem Auschwitz-Prozeß in Frankfurt eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die schon damals keinen anderen Zweck verfolgte, als den Unterschied zwischen der demokratischen BRD und dem Nazi-Staat zu dokumentieren. In diese Zeit fällt auch die Äußerung von Franz Josef Strauß, Deutschland sei wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg, es müsse endlich aus dem Schatten von Auschwitz heraustreten; man habe es sich verdient, nicht länger mit Auschwitz konfrontiert zu werden. Die 68er Bewegung markierte in diesem Prozeß einen Einschnitt – anstatt jedoch das Besondere am Nationalsozialismus herauszuarbeiten, verallgemeinerte man den europäischen Faschismus und machte die Vernichtung der europäischen Juden ein weiteres Mal unsichtbar. In den siebziger Jahren kam es zu weiteren Prozessen gegen KZ-Aufseherinnen und –Aufseher, zugleich wurden KZ-Gedenkstätten ausgebaut und zum 40. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1978 sprach mit Bundeskanzler Helmut Schmidt zum ersten Mal ein Repräsentant der BRD während einer Gedenkfeier in der Kölner Synagoge.

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre setzte ein Prozeß ein, der die Opfer nicht länger unsichtbar machte, sondern sie in die kollektive Erinnerung einbezog. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz sollte die BRD auch im internationalen Rahmen wieder eine größere Rolle spielen. Allerdings gegen große Widerstände, vor allem seitens der rechten Traditionspflege, die den letzten Krieg noch nicht verloren geben mochte. Die achtziger Jahre wurden zum goldenen Jahrzehnt der »Erinnerungsarbeit«, jener spezifisch deutschen Form, sich die geschichtlichen Tatsachen solange vor Augen zu führen, bis sie jeden Sinns enthaben sind. Mehr und mehr emanzipierte sich diese »Erinnerungsarbeit« vom Antifaschismus, von der Losung »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg« und entwickelte sich zu einer unverbindlichen humanistischen Botschaft, die – im Nachhinein betrachtet – der nächste Schritt war, dem Antifaschismus die Definitionsmacht über die Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus zu entziehen und diesem eine eigene Definition entgegenzustellen. Herausgekommen ist dabei, daß alle irgendwie viel mitgemacht haben und irgendwie Opfer sind. An dieser humanitären Verwässerung des Antifaschismus waren nicht zuletzt die Antifas selbst schuld. Hatten sie doch zum einen selbst im Zusammenhang mit der Bombardierung deutscher Städte jahrzehntelang Nazi-Propagandalügen nachgebetet und zum anderen die deutsche Bevölkerung von jeder Verantwortung für die Nazi-Verbrechen freigesprochen. Gerade in den achtziger Jahren, die von der Friedensbewegung gekennzeichnet waren, wurde der Zusammenhang von deutschem Krieg und deutschem Faschismus zugunsten einer pazifistischen Kriegsgegnerschaft in den Hintergrund gedrängt, die zwar an sich ehrenwert ist, aber der deutschen Friedensbewegung die Relativierung von Auschwitz in Propagandaformeln wie der vom »atomaren Holocaust« erst ermöglicht hat. Von der anti-amerikanischen Stimmungsmache, die es verunmöglichen sollte, die BRD als etwas anderes als ein von der Nato besetztes Land zu begreifen, ganz zu schweigen.

Die Einopferung der Täter war ein gewichtiger Schritt auf dem Weg zum militärischen Comeback Deutschlands, aber eben nur ein Schritt, der zunächst die Funktion hatte, eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit durchzusetzen. Daß sich daran maßgeblich Linke beteiligten, wird kaum verwundern, hatten sie doch seit 1968 ohnehin ein äußerst instrumentelles Verhältnis zur Vergangenheit, in dem alles, was nach Repression noch als Faschismus gezeißelt wurde. Konkret wurde diese Einopferung am 5. Mai 1985, als sich Helmut Kohl und Ronald Reagan über den Gräbern von Waffen-SS-Soldaten die Hände reichten und anschließend nach Bergen-Belsen fuhren, um dort der Nazi-Opfer zu gedenken.

Damals schrieb der us-amerikanische Soziologe Moishe Postone in einem »Brief an die westdeutsche Linke«: »Wieso gab es keine großen Demonstrationen? (...) Daß so viele auf der Linken die ganze

Angelegenheit offenkundig als zweitrangige Störung betrachteten, als ein Stück Show-Business ohne politische Bedeutung, bringt ein Maß von Blindheit zum Ausdruck, das seinerseits nur bestätigt, wie weitgehend die fundamentale Verdrängung im Kern des nachkriegsdeutschen sozialen Bewußtseins die Gegenwart durchdrungen hat und an eine neue Generation übertragen worden ist.« Tatsächlich hatte es außer einem Antrag der damals noch linken grünen Bundestagsfraktion keinen linken Protest gegeben, die Zeitschrift Konkret erschien mit einem Bild von Reagan auf der Titelseite: »The New Führer« war darunter zu lesen. Im Zentralorgan des heutigen Außenministers Joseph Fischer, dem Frankfurter Pflasterstrand, wurde der Brief auszugsweise dokumentiert und mit folgendem Satz eingeleitet: »Wessen Wahrnehmung hat einen Sprung in der Optik? Seine – oder unsere?« Weil in Deutschland nichts normal ist, sei auch der Traum der westdeutschen Linken, eine normale Linke sein zu wollen, unreal, so Postone: »Wenn hunderttausende bereit sind, gegen den US-Imperialismus zu demonstrieren, aber nur wenige hundert gegen die Rehabilitation der Nazi-Vergangenheit, denke ich schon, daß der erste Anlaß instrumentalisiert worden ist. (...) Es kann auf der Grundlage einer Leugnung der Vergangenheit oder des Versuchs, ihr zu entfliehen, kein anderes Deutschland geben. Es gibt in der Tat nur zwei Möglichkeiten: Eine endgültige Versöhnung mit dieser Vergangenheit oder aber der konstante, d.h. in fortwährender Auseinandersetzung zu vollziehende Bruch mit ihr. «

Vor dem Hintergrund der heutigen Debatten um den Krieg ist Postones Brief hochaktuell – nicht nur, weil die zeitliche Distanz von 15 Jahren offenbart, wie wenig seit dem geschehen ist. Bitburg war nämlich in der Tat mehr als eine symbolische Geste, sondern Ausdruck eines deutschen Selbstbewußtseins, das sich zwar erst viele Jahre später beweisen konnte, dafür aber umso schärfer die Versäumnisse vor Augen führt, die im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg erneut Ratlosigkeit produzieren. Noch einmal Postone: »Bitburg offenbarte ebenso, welche Bedeutung der Atlantizismus (die Westbindung der BRD) für viele Konservative hatte. In die Nato eingebettet und der treueste Vasall der USA zu sein, wird als ausreichend angesehen, um Westdeutschland als eine vollwertige Demokratie zu konstituieren. Es erlaubt der BRD, sich selbst als Demokratie zu begreifen, ohne sich gänzlich mit der Nazi-Vergangenheit beschäftigen zu müssen. Die vollständige Demokratisierung Deutschlands setzt aber eine weitaus grundsätzlichere Veränderung im allgemeinen politischen Bewußtsein voraus – eine Veränderung, die nur auf der Basis einer Konfrontation mit dieser Vergangenheit eintreten konnte. Das militärische Bündnis ermöglicht jedoch zwei Ebenen deutscher Nachkriegsrealität: demokratische Institutionen plus Versöhnung mit der Geschichte. « Daß die Mitgliedschaft in der Nato und die engen Beziehungen zu den USA nicht nur für letztere Bedeutung hatten, sondern vor allem für Deutschland selbst, hat sich im Kosovo-Krieg einmal mehr bestätigt: Was Postone hier beschreibt, ist der Anfang einer Entwicklung, an deren Ende das demokratische Deutschland, befreit von der Vergangenheit, gegen ein Land Krieg führen konnte, das schon einmal Opfer deutschen Großmachtwahns wurde.

Aber weder die Umgestaltung der Neuen Wache 1993 noch die diversen kleinen und großen Skandale im Zusammenhang mit der Entschädigung von Überlebenden der deutschen Verbrechen, weder der 8. Mai 1995 noch die diversen Geschichtsdebatten der letzten Jahre hinderten die Linke daran, an den politischen Mustern, die aus Bitburg ihr eigentliches Versagen machten, festzuhalten. Dieser Krieg war ein weiterer Einschnitt. Am Beispiel der Auseinandersetzung um die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wird deutlich, wie tief dieser Einschnitt ist: Deutschland zerschlug mit Auschwitz als Kriegslegitimation den gordischen Knoten der Vergangenheit. Je weiter Jugoslawien in die Steinzeit zurückgebombt wurde, desto endgültiger überwand Deutschland Auschwitz.

Die Auswirkungen des Krieges auf die Verhandlungen bezüglich der Entschädigungen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren fatal:

- Am 01.04. warnte Deutschland die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor »falschen und überhöhten Forderungen«.
- Am 17.04. stellte die Bundesregierung klar, daß sie sich nicht an dem Entschädigungsfond beteiligen werde. Zugleich empfahlen die USA die lange von ihnen behinderte Fusion von Deutscher Bank und Bankers Trust.
- Am 20.04. verlangten die deutschen Unternehmen konzertiert, daß alle Klagen, die vor dem etwaigen Abschluß eines Abkommens eingereicht wurden, nach dem Zustandekommen des Fonds nichtig sind.

- Am 22.04. lehnte die Rot/Grüne Koalition es ab, die Verjährungsfrist für Entschädigungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter bis zum 08. Mai 2005 zu verlängern. 1996 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß ehemalige NS-Opfer auch individuell Ansprüche aus Zwangsarbeit innerhalb einer Frist von drei Jahren einklagen könnten.
- Am 7.05. verfügt das Bonner Landgericht, daß die 22.000 auf Entschädigung klagenden polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter einen Prozeßkostenvorschuß von 18 Millionen DM zahlen müssen. Erst dann würde ihre Klage überhaupt zu gelassen.
- Am 10.06. beschränken die deutschen Verhandlungsemissäre für den Bundesfond ihre prinzipielle Entschädigungsbereitschaft auf »Zwangsarbeiter, die mehr als sechs Monate Zwangsarbeit geleistet hatten.«
- Am 19.06. steht ein Ergebnis der Verhandlungen fest: Die Stiftung steht auf deutschem Recht, was bedeutet, daß nach der Gründung der Stiftung keine diesbezüglichen Klagen mehr in Deutschland eingereicht werden können.

Seit dem Oktober letzten Jahres regieren diejenigen, die sich als 68er Generation selbst bescheinigen, Deutschland »gründlich zivilisiert« zu haben. Das deutsche Streben nach Normalität, das in erster Linie eine Bewältigung der Vergangenheit bedeutet, erhält mit den Linken an der Macht eine neue Qualität. Der Mythos der 68er, gegen die Generation der Täter und Täterinnen und die Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft gekämpft zu haben, erleichtert es ihnen, ihre eigene Form des Schlußstrichs unter die deutschen Verbrechen zu ziehen. Diejenigen, die sich in ihrer politischen Biographie mit Auschwitz nur am Rande beschäftigt haben, berufen sich heute darauf gelernt zu haben, was »Nie wieder Auschwitz« heißt. Ihre Geschichte als deutsche Linke soll ihnen das Recht geben zu definieren, was Auschwitz ist, und damit das Recht zu sagen, wo es heute zu verorten sei. So konstruieren sie Analogien zwischen den deutschen Verbrechen und dem Bürgerkrieg im Kosovo und können gleichzeitig die Kontinuität deutscher Machtpolitik auf dem Balkan verdecken.

Mit dem Anspruch, Deutschland gründlich zivilisiert zu haben, wird noch ein weiteres Motiv bedient - das der Eingliederung in die Reihe der westlichen Zivilisationen. Als ein Vertreter der westlichen Zivilisation stellt sich Deutschland in Gegensatz zur Barbarei. Damit wird zwar die Barbarei der deutschen Verbrechen eingestanden, gleichzeitig wird diese aber von der eigenen Gesellschaft abgetrennt. Stattdessen wird die Barbarei zum Beispiel in Serbien verortet. Anknüpfend an das tradierte antiserbische Ressentiment, bekämpft Deutschland auf dem Balkan seine eigene Vergangenheit. Es handelt sich hier um den Versuch, den Alleinvertretungsanspruch über die Deutung der deutschen Geschichte zu erlangen, die Definitionsmacht über das, was Auschwitz gewesen ist und was daraus folgt. Und diese Deutung der deutschen Geschichte beinhaltet ein ums andere Mal, daß Deutschland heute eine normale Nation sei. Dabei verweist gerade dieses Streben danach, eine normale Nation zu sein, darauf, daß normal in diesem Land nichts ist. Deutsche Normalität ist, wenn eine Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nicht der Aufklärung, sondern der deutschen Wiedergutwerdung dient, nicht dazu, die Verbrechen sichtbar zu machen, sondern dem Frieden mit den Mördern. Deutsche Normalität sind vor allem die rassistischen, antiziganistischen und antisemitischen Übergriffe und Morde der letzten Jahre.

Wie die neue Bundesregierung Deutschland zur normalen Nation machen möchte, zeigt sich mit ganzer Deutlichkeit in Schröders Metapher vom »Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation«. Damit wird die neue Verantwortung hervorgehoben, auf die Deutschland beharrt. Spätestens seit 1989/90 gilt das Postulat der normalen Nation. Unter Rotgrün wurde daraus die selbstbewußte Nation, die normale Nation mit besonderer Verantwortung. Dabei handelt es sich um ein Postulat, das zwar auf die Verbrechen des Nationalsozialismus verweist, aber mit der Weigerung fortfährt, deren Opfer wahrzunehmen. Das Hervorheben der deutschen Verantwortung dient vielmehr der Durchsetzung nationaler Interessen. Und von diesen Interessen ist das Vordringliche: die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit. Dem dient auch die Trivialisierung der deutschen Verbrechen. Auschwitz wird in eine frühe Phase der kindlichen Unzurechnungsfähigkeit Deutschlands verlagert: Das Bild des Erwachsenseins beinhaltet auch schon den Anspruch, als normale Großmacht nun auch militärisch agieren zu können. Einem Erwachsenen muß schließlich eine entsprechende Rolle zugebilligt werden. Erst recht wenn er aus einer besonderen Verantwortung heraus handelt. Aus dieser Position heraus definieren die Deutschen, daß Auschwitz heute im Kosovo zu finden sei. Krieg zu führen wird wieder

Teil deutscher Normalität. Auschwitz wird als Metapher für Gewalt und Kriegsverbrechen beliebig einsetzbar und damit zur Verhandlungssache.

Indem vom konkreten Ort der Verbrechen abstrahiert wird, verliert dieses auch den Bezug zu Deutschland. Der Antisemitismus wird mit der Verlagerung von Auschwitz an einen beliebigen Krisenherd genauso negiert, wie die deutsche Volksgemeinschaft unangetastet bleibt. Die implizit betriebene Gleichsetzung des Holocaust mit »Vertreibung« erfüllt dabei einen zusätzlichen Zweck. Die systematische Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Sinti und Roma und der Slawinnen/Slawen wird zu einer Vertreibung umdefiniert. Damit wird die Parallele zu den sogenannten deutschen Vertriebenen gezogen. Im analogiegeladenen deutschen Blick wird alles gleich: Milosevic ist Hitler, das Kosovo das Auschwitz von heute, die Kosovo-Albaner sind mal die Verfolgten des Nationalsozialismus und mal die Deutschen, Deutschland heute entspricht dann den Alliierten. Die Grenze zwischen Opfern und Tätern wird so verwischt, und Auschwitz soll zum Verbrechen unter anderen werden. Die Legitimation des deutschen Angriffskrieges folgt so einer Rhetorik, die Deutschland an die deutschen Verbrechen rückbindet und zugleich davon abtrennt. Zum einen wird die Verantwortung aus den deutschen Verbrechen hergeleitet, zum anderen der Zusammenhang zwischen diesen Verbrechen und der heutigen Nachkriegsgesellschaft negiert.

Der Krieg und gerade die militärische Überwindung der deutschen Vergangenheit haben international einen starken Machtzuwachs Deutschlands bewirkt. Das abgeschöpfte politische Surplus führte zu einer überlegenen Position bei den Entschädigungsverhandlungen. Im Kampf um Entschädigung bedeutet dies eine nun mehr irreversible Niederlage. In Polen leben noch 5% der befreiten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Jährlich sterben über 10% der noch lebenden Opfer. Solidarität mit ihnen hat es in Deutschland kaum gegeben: und begann für Überlebende das von Deutschland geschriebene Kapitel Zwangsarbeit mit der Bombardierung Belgrads 1941, so schließt es für die wenigen Überlebenden mit der von 1999.

Und damit wird auch klar, was wir in dem Aufruf für unsere Konferenz gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit mit den »veränderten Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen Normalisierung« gemeint haben: Der Krieg war Mittel und Ausdruck der Überwindung der deutschen Vergangenheit.